

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 8.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482 Geschäftsinserate pro 3gepalt. Zeile ober deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 16. April 1904.

Berlag:
A. Bohrberg, Hannover, Steintorstraße 6.
Verantwortlicher Redakteur:
August Brey, Hannover, Schillerstraße 5.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

13. Jahrg.

Bekanntmachung.

Gemäß den Bestimmungen des Statutes, § 16 Abs. 7-10, und unter Berücksichtigung der Beschlüsse des letzten Verbandstages beruft der Vorstand den

7. ordentlichen Verbandstag nach Hamburg

in das Lokal **Lütges Stabliement**, Valentinslamp 40-42, auf **Sonntag, den 7. August, abends 7 Uhr, ein.**

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung des Verbandstages (Wahl des Bureaus, der Mandatsprüfungskommission und Festsetzung der Geschäftsordnung).
2. Berichte: a) des Vorsitzenden; b) Kassierers; c) Ausschusses.
3. a) Das Ergebnis der Arbeitslosen- und Krankensstatistik; b) Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung.
4. Ausbau der inneren Leitung des Verbandes (Gau-einteilung und Besoldung von Gauleitern.)
5. Statutenberatung.
6. Allgemeine Anträge.
7. Wahl des Ortes für den Sitz des Verbandes.
8. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses.

Die Wahlkreiseinteilung wird in der nächsten Nummer bekannt gegeben. Die allgemeinen Delegiertenwahlen müssen bis zum 10. Juni vollzogen sein. Die Kollegen müssen daher schon allerorten an die Erledigung der Vorarbeiten für die Wahlen gehen. Darum an die Arbeit! Das Beste geleistet für die Ausgestaltung der Organisation!

Für den Vorstand:
A. Brey.

Der Nummer 6 waren die Abrechnungsformulare für das 1. Quartal beigelegt. Wir ersuchen die Kollegen, sofort die Abrechnung vorzunehmen.

Wir fordern besonders die **L. Bevollmächtigten** und die **Revisoren** auf, für pünktliche Einsendung der Abrechnung zu sorgen. Wie die Abrechnungen und Revisionen vorzunehmen sind, ist aus dem Beifolgenden, Seite 16 und 21 ersichtlich.

Wer erhält die „Gleichheit“?

Nur solche weibliche Mitglieder, deren Männer auch Mitglieder unseres Verbandes sind. Alle anderen weiblichen Mitglieder erhalten den „Proletarier“.

In welchem Falle erfolgt Beitragsbefreiung?

Im Falle der Arbeitslosigkeit oder Krankheit. Die Mitglieder, welche von den Beiträgen bis zu drei Monaten befreit sein wollen, haben ihre Invaliden-Karten den Bevollmächtigten vorzuzeigen. Dauern Krankheit und Arbeitslosigkeit länger denn drei Monate, so müssen die Bevollmächtigten beim Vorstände in Hannover für die folgende Zeit Beitragsbefreiung beantragen. Länger denn sechs Monate kann eine Befreiung von den Beiträgen nicht erfolgen. Nach Ablauf dieser Zeit tritt wieder ordentliche Beitragsleistung ein.

Wer bezahlt den geringeren Beitrag?

Mitglieder, die eine Invalidenrente beziehen, aber nicht solche Mitglieder, die einen Unfall erlitten haben, der einen Teil ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt.

Wer erhält ein Ersparbuch unentgeltlich?

Nur solche Mitglieder, deren Buch vollgesteuert ist. Liebertretende Kollegen und solche, deren Buch auf irgend eine Weise verloren gegangen ist, müssen das Buch mit 30 Pf. bezahlen.

Wer erhält Reisegeld? Wer 52 Wochenbeiträge geleistet, sich ordnungsmäßig abgemeldet und mit einem Kontrollschein versehen hat.

Wann können die Mitglieder in einen Streik eintreten?

Nur dann, wenn der Vorstand seine Zustimmung zu dem Streik gegeben hat. Angriffsstreiks müssen einen Monat vor ihrem Beginn dem Vorstände mitgeteilt werden.

Auch Abwehrstreiks müssen vor ihrem Ausbruch dem Vorstände zur Kenntnis gebracht werden.

Die Abrechnungen kosten ohne Belege 20 Pf. Porto. Briefe, die mit 20 Pf.-Marke frankiert sind, können 250 Gramm = 1/2 Pfund wiegen. (Siehe auch die Portotage auf Seite 43 des Beifolgenden.)

Allen Verbandsorten, in denen auch Zahlstellen des Bauarbeiterverbandes bestehen, sei folgender Beschluß des Verbandstages zu Offenbach in Erinnerung gebracht und zur Beachtung empfohlen:

Nachdem der Verbandstag es für zulässig erachtet hat, daß die freiwilligen Beiträge zum Streiffonds in Höhe von 25 und 50 Pf. nach wie vor erhoben werden können; nachdem ferner der Verbandstag es für richtig erklärt hat, daß einige Zahlstellen von den im Baufache beschäftigten und anderen Kollegen Extrabeiträge in genannter Höhe bereits erheben, empfiehlt der Verbandstag allen Zahlstellen, in denen im Baufache beschäftigte Kollegen Mitglieder sind, dafür zu sorgen, daß letztere Gelegenheit erhalten, die Extra-Beiträge zu leisten.

Mit kollegialischem Gruß

August Brey.

Ländliche Arbeiterverhältnisse.

Eingehende Angaben über Arbeiterverhältnisse, speziell über landwirtschaftliche Tagelöhner, die aber für den ganzen Oberhein als typisch gelten können, macht in einem Buche über „Die sozialen Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung im Kreise Bonn“ der Verfasser Dr. A. H. Hollmann. Vor 50 Jahren hat über die bezüglichen Verhältnisse der ehemaligen Direktor der landwirtschaftlichen Akademie Poppelsdorf, E. Hartstein, eingehende Untersuchungen angestellt und ist zu dem Resultat gekommen, daß ein großer Notstand vorlag, viele Familien tatsächlich nur vegetierten; trotz weitgehender privater und amtlicher Unterstützung konnte dem Elend nicht gesteuert werden, Unterkonsum blieb die Regel. Nach sorgfältigen Budgets kam Hartstein zu dem Ergebnis, daß zur Fristung der allernotwendigsten Bedürfnisse (selbstverständlich ohne Fleisch) ein Einkommen von 204 Talern erforderlich sei. Das Einkommen eines Tagelöhners belief sich aber nur auf 80 Taler; zusätzlich des Einkommens aus der Arbeit der Frau und der ebenfalls mit auf den Gutshof ziehenden Kinder konnte ein Familieneinkommen von 108 Talern erzielt werden. Das Defizit von 96 Talern konnte nur durch Unterstützungen und Unterkonsum ausgeglichen werden.

Dr. A. H. Hollmann führt das an zwecks Parallele mit den heutigen Verhältnissen. Auch diese seien noch nicht zufriedenstellend, aber doch ungleich besser als vor 50 Jahren, mindestens bedeutend besser, als in Ostelbien unter der Herrschaft des preussischen Junkertums. Das letztere kann zugegeben werden, bezüglich des ersteren sieht der Verfasser aber denn doch zu rosig. Gewiß sind die Löhne nominell in die Höhe gegangen, aber auch die Lebenshaltung hat sich ganz gewaltig verteuert. Das gibt auch Hollmann zu, er hält nur die Steigerung der Löhne für intensiver, als die Verteuerung der Lebenshaltung. Es handelt sich da um Qualitätsannahmen. Aber es wird in dem Buche genügend Material beigebracht, welches gestattet, zu positiven Ergebnissen zu kommen. Der Verfasser stellt nämlich mehrere Budgets zusammen, eins davon in Anlehnung an die von Hartstein angenommenen Verhältnisse. Letzterer hatte als Minimum für eine fünfköpfige Familie ein Einkommen von 204 Talern herausgerechnet, Hollmanns Budget des Existenzminimums für eine besitzlose landwirtschaftliche Tagelöhnerfamilie von sechs Köpfen erfordert ein Gesamteinkommen von 1120,20 Mk. Mancher Tagelöhner wird sich das wundern über die von Gelehrten aufgestellte Forderung eines Minimaleinkommens von 1120,20 Mk.; einen solchen Reichtum kann gar mancher sich in seinen kühnsten Träumen kaum vorstellen. Doch bleiben wir zunächst bei Hollmanns und Hartsteins Berechnungen. Ersterer berechnete das Familieneinkommen auf 324 Mk., die notwendigen Ausgaben auf 612 Mk., es betrug mithin das durch Unterstützung und Unterkonsum auszugleichende Manko 288 Mk. Hollmann gibt für heute an ein Einkommensbedürfnis von 1120,20 Mk. Nach seinen Angaben soll der Tagelohn jetzt 2,50 Mk. für den Mann betragen. Das

scheint aber nicht zu stimmen. An Hand eines sorgfältig aufgestellten Budgets eines sehr tüchtigen Tagelöhners mit kleinem Eigenbesitz betrug dessen Jahreseinkommen 600 Mark, der Nebenverdienst der Frau, durch Waschen und Stundenarbeit in einer Brauerei, belief sich auf 150 Mk. — Ferner hatte diese Familie durch Verkauf aus dem eigenen landwirtschaftlichen Betriebe noch eine Einnahme von 150 Mk. — Diese letztere Einnahme fällt für den landwirtschaftlichen Tagelöhner fort. Man könnte vielleicht für die Erntehilfsarbeit der Kinder noch eine Einnahme im Werte von 50 Mk. ansetzen, so läme ein Gesamteinkommen von 800 Mk. heraus. Gegenüber dem herausgerechneten Existenzminimum bleibt ein **Überschuß von 320,20 Mk.!** Dabei muß aber auch noch berücksichtigt werden, daß bei 4 Kindern und sonstigen Vorkommnissen oder gar Unglücksfällen die Mitarbeit der Frau ausfällt. Unter solchen Umständen könnte selbst dann noch kein günstiges Resultat gewonnen werden, wenn der Lohn des Tagelöhners wirklich auf 2,50 Mk. pro Tag sich stellt. Man sieht, auch jetzt besteht zwischen Existenzminimum und Normaleinkommen eine so große Differenz, die absolut die von vor 50 Jahren noch übersteigt. Selbstverständlich muß auch heute noch die Differenz ausgeglichen werden durch Armenunterstützung und Unterkonsum. Hollmann bemerkt dazu:

Poppelsdorf allein — ca. 6000 Einwohner — verausgibt an öffentlichen Armenunterstützungen die Summe von 80 000 Mark und man darf annehmen, daß die Aufwendungen der privaten Armenpflege mindestens ebenso hoch sind.

Ein trübes Bild! Da mag man sich vorstellen, wie es in Ostpreußen mit der Lage der ländlichen Arbeiter bestellt ist, wenn solche Tatsachen aus dem gemittelmachen als Dorado der Landarbeiter deklarieren Rheinland anerkannt werden müssen. Und so etwas nennt man göttliche Weltordnung! Wie Hollmann verrät, verdanken die besitzlosen Landarbeiter ihre „bescheidenen“ Lage nicht etwa einer entarteten Arbeitersfürsorge des rheinischen Agrariertums, sondern vorwiegend der Konkurrenz der Industrie. „Von einer Landflucht im eigentlichen Sinne“, so sagt der Verfasser, „kann man hier eigentlich nicht sprechen; vielmehr bleibt der größere Teil, wenigstens der männlichen Bevölkerung, auf dem Lande wohnen, gibt aber die landwirtschaftliche Arbeit auf.“ Die Arbeiter versuchen, in der nahe gelegenen Industrie unterzukommen, bleiben jedoch wegen der günstigeren Wohnungsverhältnisse auf dem Lande nach Möglichkeit nur wohnen. Die günstigeren Wohnungsverhältnisse auf dem Lande scheinen dafür den ländlichen Industriearbeitern nicht vorteilhaft zu sein, sie sind das Mittel des Lohnrückes. Für die gewöhnliche Industriearbeit sind nämlich die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande vielfach noch ungünstiger als für den besitzlosen Landarbeiter. So gibt Hollmann für Arbeiter in der Porzellan- und Steingutfabrik Böhne an von 2,80 Mk. bis 3,50 Mk. Die letzteren Böhne gelten zweifellos für Porzellanmaler und Dreher.

In der Bonner Fabrik werden nach denselben Angaben Durchschnittslöhne von 3 Mk. gezahlt. Nehmen wir diese letzteren Löhne als normal an, so ist der Jahresverdienst der Arbeiter auf 900 Mk. zu berechnen. Um das von dem Verfasser für eine Landarbeiterfamilie berechnete Existenzminimum zu erzielen, müßten noch mindestens 73 Ueberflüssigkeiten absolviert werden, oder die Frau müßte mit hinein in die Fabrik oder sonstige Erwerbstätigkeit ausüben. Es gibt in der ländlichen Industrie aber noch weit traurigere Arbeitsverhältnisse als in den Porzellanfabriken. In der Tonindustrie zwischen Duisdorf und Winterfeld a. B. werden bei der oberirdischen Arbeit Löhne von 2 Mk. bis 2,50 Mk. gezahlt, während die schwerere Arbeit in den Tongruben mit den „horrenden“ Löhnen von 2,50 Mk. bis 2,80 Mk. bezahlt wird. Das bei solchen Einkommen das berechnete Existenzminimum nicht befriedigt werden kann, liegt auf der Hand.

Wenn nun aber bei den zweifellos günstigeren Lebensverhältnissen auf dem Lande die Arbeiter mit den angeführten Löhnen kein menschenwürdiges Dasein fristen können, wie soll dann der Arbeiter in den großen Industriezentren bei dem teuren Pflaster existieren? Hier sind nämlich die Löhne auch nicht höher, hier müssen die bedauernswertesten Proletarier durch unmenschliche Ueberzeitarbeit das allernotwendigste erschaffen. Es ist kein roter Feger, kein Feind der „göttlichen Weltordnung“, welcher die obigen Berech-

nungen für ein Existenzminimum, das nicht ohne direkte Gefahr für Gesundheit und Leben unterschritten werden darf, aufgestellt hat, es ist ein Staatsverhalter, ein anerkannter Hüter der Ordnung von heute, ein guter Christ, der die aufreizenden Tatsachen registriert und wissenschaftlich belegt. Wir ziehen nur unsere Schlussfolgerungen daraus und stellen an die Gesellschaft, welche in Anspruch nimmt, gottgewollte Ordnung zu hüten, die nachdrückliche Forderung, wenigstens dafür zu sorgen, daß den Ebenbildern Gottes das erforderliche Existenzminimum garantiert wird. Über wir geben uns dabei keinerlei Illusionen hin. Freiwillich wird man nichts geben. Herr Dr. U. S. Pöhlmann weiß sich und den Proletariern anders keinen Rat, als späte Weirat, der Arbeiter soll sich erst ein Vermögen ersparen? — Woher? — Wir können uns mit solchem Rat nicht abfinden lassen. Nicht abwarten darf die Arbeiterschaft, ob ihr etwas gegeben wird, sie muß erstreiten, was sie notwendig hat.

Für den Landarbeiter ist von der Regierung das Koalitionsrecht zu fordern; mit Hilfe dieses Rechtes müssen bessere Arbeitsverhältnisse erkämpft werden. Wenn die Fabrikarbeiter von dem ihnen zustehenden Koalitionsrecht bisher so wenig Gebrauch gemacht haben, so ist das sehr zu bedauern, sie dürfen aber nachgerade einsehen, daß ihnen die Früchte nicht von selbst in den Schoß fallen. Sie müssen kämpfen, sonst bleiben sie die Parasiten der Gesellschaft.

Der Ausbau unserer Organisation.

Der Schreiber in Nr. 2 verlangt eine Verringerung der Gabe, das heißt mit anderen Worten, die einzelnen Gabe sollen vergrößert werden. Das ist meiner Meinung nach das schlechteste, was man tun könnte. Die Arbeit des Schriftstellers bezieht nicht nur in der Erledigung der Korrespondenzen, wie Kollege Borch zu glauben scheint, sondern in einer ganzen Anzahl anderer Funktionen, die er ausüben soll, nur leider meistens nicht ausüben kann wegen Mangel an Zeit. Er soll z. B. bei der Gründung neuer Zahlstellen Gebärtschüsse leiten, je irgend welchen Vorkommnissen in dieser oder jener Zahlstelle als Vertreter des Hauptverbandes eingreifen und vor allen Dingen bei Streiks und Lohnbewegungen in Aktion treten. Je größer sein Arbeitsfeld, desto schwerer wird es ihm gemacht, den an ihn gestellten Anforderungen zu entsprechen. Ein Beispiel sei hier angeführt. Bis zum Halberstädter Verbandstage bestand der Gau 7 aus den Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen. Sollte es nun dem, welcher in Berlin wohnt, das Vorstandsamt möglich sein, bei dem Kösliner Kampfe einzugreifen? Oder sollte der Gauvorsitzende in seiner damals größten Zahlstelle, in Köslin sein und den Streik der Fingelarbeiter im Rücken lassen? Beides wäre nicht gut möglich gewesen, hätte zum mindesten keinen Nutzen gebracht. Im Gegenteil: Je kleiner der Gau ist, desto erpichtlicher wird das Wirken des Vorstandes sein.

Die Befolgung des Gauvorsitzenden ist eine unbedingte Notwendigkeit, sie scheitert vorläufig nur daran, daß es noch nicht möglich ist, die Mittel hierfür aufzubringen. Wir werden mit der Zeit dahin kommen, daß jede große Zahlstelle einen besoldeten Beamten hat. Leider liegt ja dies Ziel noch in sehr weiter Ferne.

Wenn Kollege B. schreibt, daß die Gauvorsitzenden ihre Arbeitsverhältnisse bezahlt erhalten, so ist das allerdings richtig, daß aber die Folge der Arbeitsverhältnisse die Maßregelung ist, das scheint er nicht zu wissen. Welcher Arbeitgeber läßt es sich denn gefallen, daß sein Arbeiter so und so oft die Arbeit verläßt? Wir haben in Berlin damit sehr trübe Erfahrungen gemacht. Das müßt aber auf der anderen Seite der Gauvorsitzende, wenn er nicht zu haben ist, wann er gebraucht wird! Eine der wichtigsten Funktionen des Vorsitzenden ist die, daß er bei einem Kampfe, den eine Zahlstelle seines Gau's führt, sofort auf Verlangen des Vorstandes da ist, sich um die Leitung zu kümmern. Das kann nur ein Mann, der sozial unabhängig ist, also ein besoldeter Beamter. Das Fehlen eines solchen kann sehr leicht die Niederlage der Kämpfer, und in weiterer Linie dann das Eingehen der Zahlstelle zu Folge haben.

Was der Schreiber in Nr. 2 betriebs der Zentralisation sagt, ist voll berechtigt, nur scheint er die Ursachen der Zentralisation nicht zu kennen: Es ist das Fehlen eines Mannes, welcher die große, geringste Zahlstelle leiten kann. (Dieses zu erwähnen, darin gipfelt ja der Vorwurf des Schreibers, D. R.) Ich selbst bin stammer Zentralist, trotzdem habe ich seiner Zeit geschloffen, Berlin in mehrere Zahlstellen zu zerlegen. Der Grund war eben der, daß es uns unmöglich war, bei den räumlichen Verhältnissen Groß-Berlins, bei den zu niedrigen agitatorenischen Kräfte, über die wir damals verfügten, nach Feierabend die Agitation und Verbandsarbeit zu bewältigen. Wir gründeten deshalb mehrere Zahlstellen und verlegten einen Stamm von Vorstands-Zahlstellen aus Berlin zu legen. Als wir genügend erstarkt waren, versuchte ich sofort diese einzelnen Stämme wieder in eine einzige große Zahlstelle zu vereinen, dieser Versuch scheiterte jedoch an dem Paradoxismus einiger Kollegen der Provinz. Erst in der letzten Zeit waren die Versuche von mehr Erfolg gekrönt. Wir haben jetzt, allerdings erst vorläufigweise, den 1. Bezirk in 3 Zahlstellen angelegt, und vor Ablauf dieses Jahres werden wir vielleicht nur noch eine Zahlstelle „Groß-Berlin“ hier haben.

Wenn man der Ermahnung gemacht wird, daß nur wenig Kollegen nach ihrer Stellung und Beschäftigung agitatorisch tätig sein können, so trifft dies nur im ersten zu und daher müssen eben unabhängige Stellen geschaffen werden, um diesem Mangel abzuhelfen. Was die Beschäftigung anbetrifft — es schummert so viel Intelligenz unter den Kollegen, daß es nur eines Anstoßes bedarf, um dieselbe zu wecken. Allerdings, unter der Ägide des Kampfes ums Dasein, jedem Augenblick gewärtig, aufs Schlaraffenland zu flüchten, so wie man ein freies Wort sagt, mit Beiß und sind dem Hunger preisgegeben, wenn man für seine Überzeugung eintritt, da ist es schwer, Agitatoren zu erziehen. Bei man gebe dem Arbeiter Gelegenheit, sich frei und selbständig zu machen, sofort wird man so viel Leute erziehen, welche wohl im Stande sind, den an sie gestellten Anforderungen zu genügen, daß man sie gar nicht alle unterbringen kann.

Es ergibt sich aus dem oben Gesagten die Notwendigkeit, so viel wie möglich, d. h. so weit es der Selbstverleugung erlaubt, die Gauvorsitzenden zu besolden. Es entspricht wie Kollege Borch, welcher verlangt, daß die Vorsitzenden nur durch den Hauptverband ernannt und besoldet werden, bis ich nicht zu Segnen! Es ändert durchs nichts, wenn die in Frage kommenden Zahlstellen aus eigener Mittel den Vorstand besolden, oder aber einen beträchtlichen Teil dazu beisteuern. Die Kollegen allerorts verlangen eine gewisse Unabhängigkeit vom Hauptverband und hat in ihren Organisationsbestrebungen, dieselbe zu wahren. Wenn der Hauptverband die Kosten der Zahlstellen tragen soll, so hat er natürlich das Recht zu verlangen, daß, wie und wann die Entlohnung erfolgen und

wer angestellt werden soll. Zahlen die Kollegen aber die Kosten selbst, so haben sie die Bestimmung darüber, ob, wie und wer angestellt wird.

B. S. a. l. - Berlin.

Soziale Rundschau.

— Auf den Petroleummarkt weist der preussische Handelsminister in einem Erlass vom 22. Februar hin, in welchem er die Gewerbeaufsichtsbeamten auffordert, den Berufskrankheiten der Petroleumarbeiter besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Erlass weist, nach dem „Reichsarbeitsblatt“, darauf hin, daß in den zur Gewinnung und Bearbeitung von Rohpetroleum bestimmten Anlagen Nordamerikas viele Arbeiter von spezifischen Krankheiten befallen werden, die zum Teil auf die in dem Rohpetroleum enthaltenen niedrigsiedenden, bei gewöhnlicher Temperatur flüchtigen Kohlenwasserstoffe, zum Teil auf die ihm beigemengten hochsiedenden paraffinähnlichen Verbindungen zurückgeführt werden. Die leichtflüchtigen Kohlenwasserstoffe erzeugen, wenn sie unverdünnt eingeatmet werden, in leichteren Fällen rauchartige Benommenheit und übermäßige Lustbarkeit, in mehreren Fällen Bewußtlosigkeit, blaue Verfärbung des Gesichts, starren Blick mit verengten Pupillen und Schaumbildung vor dem Munde. Die Kranken erholen sich in der Regel nach dem Zuführen frischer Luft bald völlig. In einzelnen Fällen jedoch erkranken sie noch hinterher an Lungenentzündung. Die hochsiedenden Öle des Rohpetroleums üben nachteilige Wirkungen auf die Haut aus. Ähnliche Gesundheitsstörungen sind bei den Petroleumarbeitern anderer Länder beobachtet worden. Der Minister fürchtet deshalb, obwohl bestimmte Mitteilungen in dieser Hinsicht bisher nicht vorliegen, daß sie auch in Deutschland vorkommen oder bei weiterer Entdeckung der Erdölindustrie vorkommen werden. Der Minister ersucht die Gewerbeaufsichtsbeamten, ihre Aufmerksamkeit zur Ermittlung von Erkrankungen, die auf die Einwirkung des Rohpetroleums zurückzuführen sind, auch auszudehnen auf die Anstalten zur fraktionierten Destillation von Naphtha (Benzin-Destillationen), auf Petroleumanlagen und Schmierölfabriken, da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß dort ähnliche Berufskrankheiten vorkommen.

— Pommerische Provinzial-Zuckerfabrik. In der Generalversammlung der Aktionäre am 30. März gelangte der Geschäftsbericht für 1903 zum Vortrag, dem wir folgendes entnehmen: Der Nettogewinn beträgt unter Hinzurechnung des alten Gewinnvortrages von 25 240 Mk. zusammen 1 286 980 Mk. und gestattet die Zahlung einer Dividende von 22 1/2 Prozent. Auf Gebäude, Gerätschaften und Mobilien wurden 272 760 Mk. abgeschrieben. Dem Unterstützungskonto wurden 14 435,55 Mk. überwiesen. An Stelle des Direktors Stolle, welcher nach 34 Jahre langer Tätigkeit krankheitsbedingt sein Amt niedergelegt hat, ist Direktor Habert getreten.

— Die Oberschlesischen Koks- und Chemischen Fabriken Akt.-Ges. zu Berlin bringen eine sofort zahlbare Dividende von 8 Prozent zur Verteilung.

— Chemische Fabrik Drauzenbürg. Nach dem Geschäftsbericht für 1903 stellt sich der Bruttogewinn an Waren auf 381 396 Mk. (399 199 Mk. i. V.). Nach Abschreibungen von 67 131 Mk. (69 867 Mk. i. V.) verbleibt ein Gewinn von 192 669 Mk. (263 256 Mk. i. V.), aus dem eine Dividende von 11 Prozent (14 Proz. i. V.) zur Verteilung gelangt. Die Direktion erklärt im Geschäftsbericht, daß das laufende Geschäftsjahr, soweit man nach den getätigten Verläufen schließen könne, wieder ein befriedigendes Resultat liefern werde.

— Die Berliner Gummiwarenfabrik Boigt u. Wiede hat im Jahre 1903, ihrem 31. Geschäftsjahre, einen Reingewinn von 43 215,92 Mk., gegen 40 259,40 Mk. im Vorjahre, erzielt. 40 000 Mk. kommen an die Aktionäre in vierprozentiger Dividende zur Verteilung.

— Die Hamburger Asbest- und Gummiwerke Alfred Salomon Akt.-Ges. erzielte einen Geschäftsgewinn, einschließlich eines Vortrages von 4370,68 Mk., von 303 220,92 Mk. Für Abschreibungen werden 104 387,97 Mk. verwendet. 180 000 Mk. kommen in einer Dividende von 4 Prozent zur Auszahlung.

— Der Geschäftsbericht des Berliner Gewerkschaftshaus für das Jahr 1903 zeigt einen günstigeren Verlauf als die vorhergehenden. In den Krisenjahren 1901 und 1902 waren Verluste von je etwa 10 000 Mk. gebucht worden — im dem Sinne, daß die erreichten Überschüsse nicht zu den geschäftsmäßigen Abschreibungen ausreichten. Auch in diesem Jahre ist bei einem Etat von über 80 000 Mk. je in Einnahme und Ausgabe und Abschreibungen im Betrage von mehr als 13 000 Mk. noch ein Verlust von rund 2000 Mk. gebucht, doch lassen die Betriebsergebnisse weitere Fortschritte hoffen. Der durchschnittliche monatliche Bierabsatz im Schlaraffen-Restaurant und Saalgeschäft hob sich von 237,8 Hektoliter in 1902 auf 258,3 in 1903 und bleibt damit noch erheblich hinter der Zahl 284,7 in 1900 zurück. Den gesteigerten Verkehr in der Herberge beweisen folgende Zahlen. Es reisten im Jahre 1903 insgesamt 15 621 Personen zu gegen 12 930 im 1902, dementsprechend wuchs die Zahl der Übernachtungen von 56 068 auf 61 290. Von den Zugereisten waren 11 662 organisiert gegen 9369 Unorganisierte. Der Vorbehalt wollen wir noch, daß im Restaurant der Herberge ausgegeben wurde: für Lagerbier 5171 Mk., für Weißbier 1086 Mk., für Brauereis 287 Mk., für Milch 660 Mk.

Zunehmend ist, namentlich an die organisierte Arbeiterschaft, die Aufforderung zu richten, das von den Gewerkschaften geschaffene Unternehmen mit allem Nachdruck zu unterstützen.

Vom sozialen Kampfplatze.

— In Kelzen haben 6 Kutscher des Expeditions-Geschäfts eine Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse gewünscht. Sie erhielten bei einer Arbeitszeit von morgens 6 bis abends 7 Uhr, oft noch länger, einen

Wochenlohn von 16 Mk. Auch Sonntags mußte Stundenlohn im Betriebe mit Füttern des Viehes gebracht werden, ohne daß es dafür eine Vergütung gab. Bei Touren nach auswärts wurden Spesen bezahlt, diese sind herabgesetzt worden. Die Kollegen verlangten nun für die Sonntagsarbeit eine Vergütung, außerdem Beibehaltung der bislang gewährten Spesen bei Touren nach außerhalb. Diese bescheidene Forderung wurde abgelehnt. Die Kollegen reichten daher die Kündigung ein. Die Firma versuchte nun die übrigen Arbeiter, die den horrenden Wochenlohn von 14 Mk. erhalten, zur Uebernahme der Pferde zu veranlassen. Diese Kollegen lehnten dies aber ab und stellten der Firma anheim, sich mit den Kutschern zu verständigen, dann behielte sie kundige und tüchtige Arbeitskräfte. Nun wurden die Arbeiter entlassen.

— Der Streik auf der Chemischen Fabrik Grünau bei Berlin ist noch nicht beendet. Die Streikenden lehnen es ab, die Arbeit zu dem Angebot der Firma zu übernehmen, diese will ihren Arbeitern nicht weiter entgegenkommen, angeblich aus Rücksicht auf die Konkurrenz. Dies ablehnende Verhalten erscheint sehr unglücklich, denn mit dem ungeübten, ungeschulten Arbeitspersonal, das sich ihr jetzt zur Verfügung gestellt hat, wird es der Fabrikleitung nur schwer werden, die Konkurrenz die Wage zu halten. Zugang ist streng fernzuhalten.

— In Weinböhla legten auf der Steingutfabrik Neu-Sennewitz 22 beim Ofen beschäftigte Kollegen am Montag, den 28. März, die Arbeit nieder. Sie forderten einen Stundenlohn von 26 Pf., für Ueberstunde 30 Pf. Daß es zu einer so plötzlichen Einstellung der Arbeit kam, hat seine besondere Veranlassung: Die Ofen werden in Alford geleert und gefüllt. Bei der Lohnzahlung am Sonnabend, den 26. März, ereignete es sich, daß ein halber Ofen nicht zur Berechnung kam. Auf Vorhalten erhielten die Kollegen zur Antwort, es läge ein Irrtum vor. Solche für die Arbeiter höchst unangenehme Irrtümer kamen leider schon öfter vor. Würden sie hinterher nicht korrigiert, so haben die Kollegen einen Verlust am Lohn erduldet. Dem soll durch Einführung des Zeitlohnes vorgebeugt werden. Nach vierlätigem Streik wurden die Forderungen bewilligt.

— In Tegel sind folgende Vereinbarungen zwischen den Vertretern der Kunststeinfabrik von Charnikow u. Komp., Weidmannslust, und den Arbeitern genannten Betriebes unter Hinzuziehung der Organisationsvertreter auf ein Jahr festgelegt:

1. Der Anfangslohn beträgt nicht wie bisher 30, sondern 32 1/2 Pf. pro Stunde; für Arbeiter über 20 Jahre 35 Pf.
2. Ueberstunden werden mit 5 Pf. Zuschlag pro Stunde vergütet; Sonntagsarbeit mit 7 1/2 Pf.
3. Bei Bauarbeit (Montage) wird Fahrgehalt von seitens der Firma gezahlt, die Arbeitszeit beträgt einschließlich der Fahrt 10 Stunden pro Tag und wird mit 5 Pf. Zuschlag pro Stunde berechnet.
4. Sämtliche Arbeiter erhalten ab 25. März 2 1/2 Pf. Zulage pro Stunde; somit die ältesten, die zur Zeit 45 Pf. hatten, 47 1/2 Pf. pro Stunde.
5. Die Arbeiter ihrerseits verpflichten sich, ein gewisses Quantum von Arbeit pro Tag zu leisten.
6. Bei allen strittigen Fragen entscheidet der eben durch diese Vereinbarungen gebildete Arbeiterausschuß.
7. Maßregelungen wegen Verbandszugehörigkeit finden nicht statt.

Mit Recht wohl können wir den Kollegen Glück zu ihrem Erfolge wünschen und hoffen wir, daß vorstehendes aufs neue dazu beiträgt, den Zusammenschluß unter den Mitgliedern zu fördern, um dadurch in Zukunft ähnliche derartige Vereinbarungen auf friedlichem Wege abschließen zu können.

— Vom Terrorismus der Unternehmer. Vor kurzem bewarb sich ein Drechsler bei den Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Wien (Fabriken in Harburg, Linden-Hannover und Wien-Pasing) um Arbeit. Er erhielt darauf folgendes Schreiben:

Antwortlich Ihres Schreibens vom 4. März teilen wir Ihnen mit, daß wir wohl Beschäftigung für einen Gummidreher hätten und wären wir nicht abgeneigt, Sie eventuell einzustellen. Wir müssen jedoch die Einstellung selber von der Untersuchung unseres Krankenkassen-Arzt's abhängig machen, so zwar, daß wir Sie nur dann einstellen können, wenn derselbe Sie für unseren Betrieb als brauchbar erklärt. Wir müssen es deshalb Ihnen anheimstellen, ob Sie auf die Gefahr hin hierher kommen wollen und bemerken Ihnen noch ausdrücklich, daß wir keinerlei Reisekosten oder Spesen vergüten, falls der Arzt Sie nicht für brauchbar erachtet. Außerdem müssen Sie sich schriftlich verpflichten, daß, solange Sie bei uns in Beschäftigung wären, Sie keiner sozialdemokratischen Partei oder Gewerkschaft als Mitglied angehören. Wir sehen Ihrer Nachricht entgegen und zeichnen

Achtungsvoll
Vereinigte Gummiwarenfabriken Harburg-Wien vorm.
Wienier.

J. A.: Meißhoffer.
Die Aufnahme-Kommission. (Unterschriften.)

Vom Arbeitslohn, den die Firma zahlen will, schreibt sie kein Wort. Die Arbeitsbedingungen, welche die Firma gewährt, üben eben nicht solche Werbestraft auf die Arbeiter aus, wie es ihre 20 Prozent Dividende auf das spekulative Kapital tun. Daher will man auch den weiteren Eingang organisierter Arbeiter in die Fabrik hindern. Unnützes Beginnen, dessen Erfolg nur darin besteht, zu beweisen, daß es Firmen gibt, deren aufgeblähter Machtkoller den Arbeitern

das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht verbieten will. Die Firma will auf jeden Fall Herr im Hause sein. Herrscht dann infolge des Terrorismus der Unternehmer Ruhe in diesem kleinen Königreiche Stumm, dann nimmt man Veranlassung, über das harmonische Zusammenwirken der Unternehmer und der Arbeiter zu reden. Die Unternehmer wollen keine freien Arbeiter, sie wünschen willenlose Werkzeuge, deren einziger Zweck es ist, den Unternehmern einen möglichst hohen Profit zu erarbeiten.

Im übrigen ist es ein sehr bescheidenes Verlangen der Firma, daß der Arbeiter auf seine Kosten nach Harburg reisen soll, um sich dort, damit für die Betriebskrankenkasse jedes Risiko vermieden wird, prägen zu lassen, ob er ein genügend gutes Ausbeutungsobjekt für die Firma ist.

Was würde die Firma sagen, wenn auf ihre Ungeniertheit hin die Arbeiter sich gegenseitig verpflichten würden, keinerlei Waren zu kaufen, die in den Vereinigten Gummifabrikanten hergestellt worden sind. Das wäre doch nur Vergeltung. Aber wie würde man da Betermordio über den Terrorismus schreien. Denn wenn der Unternehmer terrorisiert, so ist das in Ordnung, wenn sich aber der Arbeiter wehrt, so soll der Staatsanwalt helfen.

Correspondenzen.

Bernburg. Eine öffentliche Versammlung tagte hier am 9. April. Sie war von 200 Personen besucht. Ueber: „Die Lage der Arbeiter in der chemischen Industrie“ referierte Kollege Brey, der, nachdem er eingehend die Verhältnisse in der chemischen Industrie geschildert hatte, auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einging, welche im Fallbruch des Herrn Merkel existieren. Dieser Fallbruch liefert die Steine, welche die Deutschen Solowarmer zu ihrer Sodafabrikation gebrauchen. Der Stundenlohn ist ein Kaffizierter und beträgt 25-28 Pf. Vor zwei Jahren ist ein Lohnabzug von 2 Pf. vorgenommen worden. Dieser Abzug war ganz unbegründet. Die Veranlassung war jedenfalls nur in dem Bestreben zu suchen, den Solowarmer das Material an billiger zu liefern. Die Arbeiter können ja einen Abzug viel leichter erwinden, wie die arme Solowarmer. Von 46 Lohnbüchern, welche dem Referenten zur Verfügung standen, wiesen nur 19 einen Verdienst von 15-17 Mk. auf, 27 Büchern bewiesen eine Bezahlung von weniger als 15 Mk. pro Woche, und zwar 18 davon einen Lohn von 13-15 Mk. In 9 Fällen betrug der Lohn 13 Mk. und weniger bis herunter auf 10 Mk. Eine solche Bezahlung mag eine Gesellschaft anbieten, die mit einem Kapital von 40 Millionen Mark arbeitet, die Hälfte der gesamten Sodafabrikation in Deutschland liefert und einen Reingewinn von 6 Millionen Mark erzielt, für Arbeiter, bei denen die Arbeiter den Einwirkungen des Staubes und den Unbilden der Witterung ausgesetzt sind. Schon im vorigen Jahre wünschten die Kollegen die Wegängigmachung des Abzuges. Man hat sie nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Auch in den wachen Stunden der Ruhepausen kommen die Arbeiter nicht, weil sie schon mindestenslang vor Ablauf derselben sich nach dem Arbeitsplatz begeben müssen. Der Lohn wird Sonnabends erst nach 6 Uhr ausbezahlt. In diesem Jahre wurden die Kollegen wieder vorbestimmt um Befreiung der Uebelstände und Auszahlung eines Lohnes von 32 Pf. Sie hatten insoweit Erfolg, als die 2 Pf. Abzug wieder gewährt worden sind. Von einer einheitlichen Lohnzahlung und von der Janghaltung der Pausen will der Bruderinhaber noch nichts wissen. Die Realisierung dieser Forderungen müssen die Kollegen einer späteren Zeit vorbehalten. Es wird ihnen gelingen, wenn sie die Organisation tüchtig vermehren. Es ist vielleicht nicht uninteressant mitzuteilen, daß der Generaldirektor der Solowarmer, Herr Bessel, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter für den 2. Bernburger Wahlkreis ist. Wenn der Herr irgendwelchen sozialpolitischen Drang betätigen wollte, dann könnte er dafür sorgen, daß zunächst die Arbeiter seines Fallbruches kulturwürdige Arbeitsbedingungen erhielten. Nach dem Vortrage ließen sich eine Anzahl Kollegen in die Organisation aufnehmen.

Deutsch-Litva. Von einer Steigerung der Lebensmittelpreise, Mieten und so fort wissen auch unsere Kollegen etwas zu erzählen, aber von Erhöhung der Löhne werden wohl die wenigsten etwas gespürt haben. Ist es doch sogar den Arbeitgebern und ihren Helfern gelungen, wenn auch nicht den Lohn direkt zu kürzen, so doch auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter infolge des Alkoholkonsums bedeutend mehr Profit zu erzielen. Ist es zum Beispiel ein Lohn, wenn Arbeiter in den Fabriken und Konfabriken für ihre schwere, gesundheitschädliche Beschäftigung 1,20 Mk. den Tag erhalten? Und wie im Preislaufe die Löhne gefallen sind, will ich im Nachstehenden beweisen: Vor ungefähr zehn bis zwölf Jahren waren an einer Presse vier männliche Personen beschäftigt, die 1,20 bis 1,60 Mk. den Tag erhielten. Außerdem gab es noch jüngere Arbeiter, welche die Brettel mit den fertigen Platten hinstellten; diese Arbeiter erhielten 1 Mk. den Tag, insgesamt 6,50 Mk. Jetzt sind zwei männliche Personen an der Presse beschäftigt. Diese machen noch 350 bis 400 Platten den Tag mehr als früher und verdienen zusammen im Durchschnitt den Tag 5,40 Mk. Arbeiten kann man das nicht mehr nennen, eher Schinden. Was die weiblichen Arbeiter betrifft, so verdienen diese früher, wenn sie von den besseren Platten 50 Stück den Tag machten, 90 Pf. bis 1 Mk. den Tag. Jetzt machen sie 140 Platten und noch mehr und verdienen 1,20 bis 1,40 Mk. den Tag. Auf den anderen Arbeitsplätzen sind die Verhältnisse nicht anders, das heißt, nicht besser als auf der Plattenfabrik, auf welche sich vorstehende Kritik bezieht.

Dresden. Die Arbeit in den Farbenfabriken ist wohl eine der schlechtesten und ungesundesten, wird deshalb aber nicht über den ordentlichen Lohn bezahlt. Es ist daher kein Wunder, wenn die darin tätigen Kollegen sich rühren, um ihre Lage zu ändern, da sie sehen, daß die Besitzer ihr ganzes Geschäft machen. Dieser letzten Ansicht waren auch die Kollegen der Buch- und Steindruckfabrik von L. S. Gleitsmann hier. Sie beauftragten die Verbandsleitung, mit Herrn Gleitsmann in Unterhandlung zu treten. Den Anfangslohn wünschten sie von 17,50 auf 18,50 Mk. erhöht, so daß er nach dreimonatlicher Tätigkeit 19,50 und bei einjähriger 20 Mk. betragen sollte. Von da an sollte dieser jährlich um 1 Mk. steigen, so daß nach 5 Jahren 24 Mk. erlangt würden. Jetzt haben solche Kollegen, die 10 und mehr Jahre da beschäftigt sind, nicht viel über 20 Mk. pro Woche. Auch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 9 1/2 Stunden wurde gefordert; da die Arbeit eine sehr schmutzige und gesundheitschädliche ist, sollten 6 Minuten Pausen vor jeder Pause festgelegt werden. Dazu Forderung von Bürsten, Handtüchern und Seife, Anbringung von Ventilatoren, Lohnzahlung Freitags, nicht wie bisher Sonnabends, bessere Behandlung von Seiten der Meister waren die weiteren Forderungen. Diese wurden Herrn Gleitsmann schriftlich durch die Verbandsleitung zugefandt. Da der Herr ablehnte, mit fremden Personen zu verhandeln, wurden die Kollegen selbst vorbestimmt. Die Forderungen wurden zwar nicht rundweg abgelehnt, sondern man vertröstete die Kollegen auf spätere Zeit.

Es soll eine neue Arbeitsordnung herausgegeben werden, dabei sollen die Wünsche Berücksichtigung finden. Die Löhne sollten auch nach Länge der Tätigkeit festgesetzt werden. Die Wäsche würde ja jetzt schon von Seiten der Arbeiter gebraucht. Die Lohnzahlung Freitags einzuführen, war er nicht abgeneigt. Betreffs der Demilation versiegte sich der Herr zu der Meinung, daß ja Fenster an Fenstern, die hoch genug seien, vorhanden wären. Durch deren Öffnen werden aber die Arbeiter dem Zug ausgesetzt; sie können sich dadurch Krankheiten (Rheumatismus usw.) zuziehen. Das soll man vermeiden. Dem Einstand in die Straflasse, welcher auch verlangt wurde, ist sofort Folge gegeben worden. Nachregelungen sollen nicht vorgenommen werden. Eine Kündigung, die erfolgt war, wurde aufgehoben, bis der betreffende Arbeiter andere Arbeit hat. Dieser Arbeiter, ein 23jähriger, erhielt 14 Mark pro Woche, bis vor kurzem bloß 12 Mark. Ihn anderweitig zu beschäftigen, wurde bei der Kündigung abgelehnt; er sei einer von den Unzufriedenen. Das war also der Erfolg dieses Vorstoßes. Hoffen wir, daß doch noch etwas für die Kollegen herauskommt. Auf alle Fälle hat die Firma die Wünsche ihrer Arbeiter in Händen und kann sich nach diesen richten. Die Kollegen haben gesehen, daß es doch von Vorteil ist, wenn sie die Organisation zur Seite haben. Es ist nur zu wünschen, daß sie ihrer Pflicht derselben gegenüber noch in erhöhterem Maße nachkommen als bisher.

Essen. Am 27. März tagte unsere Mitgliederversammlung. Kollege Beyer sprach über das Thema: „Der Kampf des Massenbewußten Proletariats“ unter dem Fall der Versammlung. Unter Punkt 2 entspann sich eine längere Debatte über die Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung. Kollege Z. führte aus, daß bei uns die Einführung der Arbeitslosenunterstützung besonders schwierig sei, denn unsere Verbandsmitglieder setzen sich aus den verschiedenartigsten gewerblichen Berufen zusammen, als Fabrikarbeiter, Erd- und Ziegeleiarbeiter, Landarbeiter und Arbeiterinnen, welche zum Teil Heimarbeiten vollziehen. Die Kollegen aus einzelnen Berufen sind regelmäßig im Winter längere Zeit arbeitslos, sofern sie nicht in anderen Industriezweigen Arbeit erhalten. Immerhin läßt sich eine Form finden, unter welcher die Arbeitslosenunterstützung für jede Kategorie von Arbeitern und für den Verband wirksam wird. Die gegenwärtige Produktionsweise mit der Ueberproduktion und zeitweiligen Krisen und Betriebsbeschränkungen macht die besten Verbandsmitglieder arbeitslos und brotlos. Diese sind dann gezwungen, für jeden Lohn andere Arbeit anzunehmen und werden dann vielfach als Lohnbrüder verwertet, andere wieder müssen, wollen sie nicht der Gemeinde zur Last fallen und ihrer Bürgerrechte verlustig gehen, den Ort verlassen und in einem anderen Industriezweig Arbeit suchen, wofür immer Wochen vergehen und sie stets für den schlechtesten Lohn arbeiten müssen. Hier haben die Mitglieder bei der Arbeitslosenunterstützung einen Halt. Andererseits behalten auch die Zahlstellen die besterfahrenen Mitglieder, welche zum Weideln des Verbandes notwendig sind. Die Krisen greifen so durchdringend in jeden Industriezweig ein, daß jeden Arbeiter das Brot treffen kann, arbeitslos zu werden. Die Arbeitslosenunterstützung läßt sich aber nur mit Erhöhung der Beiträge einführen. Da müssen die einzelnen Zahlstellen Stellung dazu nehmen. Der Tagesverdienst unserer Verbandsmitglieder schwankt in den verschiedenen Gegenden zwischen 1,50-5,00 Mk. Im weiteren wurde hervorgehoben, daß die Zentralgewerkschaften, welche die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, bei Erhöhung der Beiträge eine stetige Annahme an Mitgliedern haben, die Pflicht der Mitglieder sei auf ein Minimum beschränkt, während in unserem Verbande die Pflicht der Mitglieder noch vorherrschend ist, weil das Bindemittel fehlt. Unter mehreren Ausführungen für und gegen die Arbeitslosenunterstützung wurde der folgende Antrag einstimmig angenommen: „Die Zahlstellen wünschen, der diesjährige Verbandstag möge Mittel und Wege finden, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen.“ — Ein Antrag auf Einführung der Krankenunterstützung wurde unter reger Debatte abgelehnt.

Glensburg. Unsere gut besuchte Versammlung tagte am 9. April in der Nordtorhalle. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig und zeitigte lebhafteste Debatten. So unter anderem betraf das Geldes, welches aus dem Gewerkschaftsartikel abgeführt werden sollte. Das Glensburger Kartell hat während des Grimmitzauer Streiks beschlossen, an die Streikenden 1000 Mark abzuführen. Diese Summe sollte von den Gewerkschaften proportional aufgebracht werden. Ein früherer Beschluß unserer Zahlstelle, die prozentual auf uns entfallende Summe zu bezahlen, wurde wieder rückgängig gemacht. Auf Antrag des Kollegen Kuhn wurde beschlossen, aus Kartell 100 Mark abzuführen, dagegen zur Aufbesserung unseres Streiffonds 50 Mark herzugeben. Dieser Antrag wurde von den Kollegen Dornung und Christens sehr warm befürwortet. So wurde A. B. Karl getadelt, daß einzelne Zahlstellen unseres Verbandes gewissermaßen nur dem Vorhanden zum Trost für Grimmitzauer hohe Summen bewilligten, dagegen auf ruhige Ermahnung des Vorstandes, auch an uns zu denken, nicht nur einfach diese Ermahnungen in den Wind schlugen, sondern gewissermaßen wie zum Hohn die hergegebene Summe noch erhöhten. Selbstverständlich war es ein ideeller Zweck, der auch uns veranlaßt, unser möglichstes zu leisten und die Grimmitzauer zu unterstützen. Man darf aber doch nicht vergessen, daß der Ergebnisarbeiter-Verband denn doch nicht auf so wacklige Füße steht. Befanlich hat er mit einem ziemlich unbedeutenden Kasse den Streik beendet. Die Unterstützung, die wir unseren eigenen streikenden Kollegen während des ziemlich langwierigen Köpferstreiks zahlen mußten, dürfte auch wohl ein recht großes Loch in unsere Kasse gerissen haben. Unsere Versammlung war sich, wie gesagt, darüber klar, daß es notwendig sei, auch für unsere Streikfonds etwas zu tun und wünscht nur, daß auch andere Zahlstellen das gleiche tun möchten. Wenn auch, wie von einem einzelnen Redner hervorgehoben wurde, die Beitragleistung erhöht werden ist, so wurde auch hierzu bemerkt, daß die Anforderungen, welche an den Verband gestellt werden, immer mehr wachsen. Zudem sei es auch von Vorteil, wenn wie wohl zum nächsten Verbandstag zu erwarten sei, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werde, eine gut gefüllte Kasse vorhanden sei. Eine gut gefüllte Kasse ist aber auch so jeder Zeit von Vorteil. Es ist darum Pflicht aller Kollegen, für eine möglichst gut gefüllte Kasse zu sorgen, denn nur dadurch ist es möglich, auch etwas für Aufbesserung unserer Lage zu tun.

Sodlar. Am 27. März tagte im Saale des „Livoli“ eine öffentliche Fabrikarbeiterversammlung. Kollege Montan-Danover sprach in kernigen Worten über das Thema: „Die verbesserte die Fabrikarbeiter ihre wirtschaftliche Lage?“ Referent führte aus, daß der Ausbeutung durch die Unternehmer nur dadurch ein Damm entgegenzusetzen werden könne, wenn alle Arbeiter sich organisierten. Drei neue Mitglieder wurden dem Verbande gewonnen. Nachdem in der anschließenden Diskussion Kollege Bruns noch einige hier herrschende Mängel kritisiert hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Hilfeshand. Die Zustände resp. Mängel auf der hiesigen Juckeraffinerie hatten veranlaßt, daß am Sonntag, den 3. April, nachmittags, eine Versammlung der in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter nach dem „Gewerkschaftshaus“ einberufen war. Bisher an die 100 Arbeiter hatten sich denn auch eingefunden, welche den Grund des ersten Wollens nicht verkennen ließen. Der Referent Kollege G r o s s m a n n führte ungefähr folgendes aus: Es dürften wohl wenige Betriebe in Deutschland geben, welche in der glücklichen Lage sind, ihren Aktionären für das Geschäftsjahr 1903 eine Dividende von 75 Prozent zu bezahlen; das heißt mit anderen

Worten: die Herren Kapitalisten bekommen für das eine Jahr allein schon dreiviertel ihres Anteilkapitals wieder zurück, erstatet als Gewinn. Auf Grund dessen dürfte man wohl annehmen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der Juckeraffinerie ebenfalls die denkbar günstigsten sein müßten; aber das Umgekehrte sei leider der Fall und auch allgemein bekannt. Ebenso seien manche Unfälle auf die aufreibende Tätigkeit der Arbeiter zurückzuführen. Die Verwaltung habe in Hinsicht der in dem Betriebe herrschenden Zustände ihre Pflicht den Arbeitern gegenüber nicht getan. Aber auch die Arbeiter selbst sind schuld, daß die Zustände so miserable sind, weil sie es nicht für nötig befanden haben, sich durch engeren Zusammenschluß in der Organisation bessere Zustände zu verschaffen. Redner geht dann näher auf die sehr geringen Löhne ein, welche durch ein Akkordsystem etwas gesteigert würden; aber gerade das Akkordsystem gebe zu berechtigten Klagen Veranlassung, indem die Arbeiter niemals genaue Einsicht in ihren Akkordverdienst hätten. In der Entlohnung z. B. arbeiten hier vielleicht 90 Arbeiter, fehlen aber 16 oder 20 Arbeiter, so haben die 70 Arbeiter dieselbe Arbeit fertigzustellen, erhalten aber dann nicht den Lohn hinzu, welchen sonst noch die fehlenden Arbeiter bekommen hätten. Eine Kontrolle über den Arbeitsverdienst gibt es für die Arbeiter nicht. Die Frühstückszeiten werden halbwegs eingehalten, aber Mittagspausen von 10 bis 20 Minuten sind allbekannt, in denen das bishigen Essen in aller Eile heruntergerührt werden muß. Jede Vernachlässigung des Körpers führe aber eine Verabfolgung der Leistungen herbei; was in der Arbeitsordnung stehe, solle auch eingehalten werden. Auch die Behandlung der Arbeiter lasse vieles zu wünschen übrig. Schimpfworte wie Giel, Dohle, krummer Hund usw. seien was alltägliches. (Durch Zwischenrufe wurden diese dort gebräuchlichen Schimpfworte gegen die Arbeiter sehr ergänzt.) Die Nachtarbeit habe den schrecklichsten Mangel, daß den Arbeitern von 12 bis 1 Uhr entweder kein Wasser oder doch wenigstens heißes Wasser gegeben werde, um solchen selbst zu brauen, ganz besonders in Anbetracht der heißen Temperatur in dem Betriebe. Die Verwaltung liefere zwar Kaffee, aber dieses Getränk verdiene eine ganz andere Bezeichnung wie Kaffee. Den Arbeitern solle eine bessere Badegelegenheit gegeben werden, als nur die benutzte Arbeitszeit. Für die Arbeiter sei in der Arbeitsordnung das Besondere vorgesehn; der Arbeitsausfluß bestehe aus 10 Personen, hiervon seien aber 6 Betriebsbeamte und 4 Arbeiter. Der Ausschuß der Kasse bestehe aus 7 Personen, wovon 5 Betriebsbeamte und 2 Arbeiter sind. Das Verfahren führe sei ungefähr dasselbe, als wenn man den Teufel bei seiner Großmutter anlagen wolle. Die Beamten und Betriebsmeister gehörten nicht in jene Ausschüsse; die Arbeiter sollten ihre Arbeitskollegen dort hineinwählen. Mithliebe Arbeiter aber würden in die Hoffalonne geschoben; Tagelohn 2 Mk., mit welcher Summe doch unmöglich selbst ein einzelner Mensch leben könne; das Einschleichen in die Hoffalonne sei der nächste Weg zum Tode hinaus. Höhere Löhne würden durch viele Uebelstände erzielt, darunter 36 Stunden in einer Woche. Im Interesse der Arbeiter und ihrer Familien sei Abhilfe höchst nötig. Die Krankheitsstatistik der Juckeraffinerie ergebe, daß auf jeden Krankheitsfall im Durchschnitt 14,7 Krankheitsstage kommen, bei allen anderen hiesigen Fabriken lasse aber nur 9,5 Tage. Es müßte dahingewirkt werden, daß mit der Zeit die 24stündige Sonntagsarbeit beseitigt werde. Suchen wir nun vorerst die größten Mängel zu beseitigen. Das Strafgeldermessen müsse aufhören. Habe es in letzter Zeit etwas nachgelassen, so nur deshalb, weil es keinen Zweck verhe. Durch Bestrafungen für Vorkommnisse, für welche der Arbeiter nicht verantwortlich ist, sind Hunderte langjähriger Arbeiter hinausgegangen. Die Besserung sei aber auch darauf zurückzuführen, weil man unter den Arbeitern Ruhe machte, dem entgegenzutreten. Die Wünsche, die vorerst erreichbar sind, seien folgende: Regelung der Lohnzahlung dahingehend, daß es jedem Arbeiter möglich sei, seinen Verdienst zu berechnen. Einhalten der Frühstücks-, Mittags- und Besperpausen. Eine bessere Behandlung der Arbeiter seitens der Vorsetzten und somit noch die verschiedenen Wünsche. Der Referent legt in die Diktation das feste Vertrauen, daß sie die berechtigten Wünsche der Arbeiter annehmen werde, und schlägt folgende Resolution vor: „Die heute, am 3. April, im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“ tagende Versammlung der Arbeiter der Juckeraffinerie beauftragt die heute gewählte Kommission, mit der Direktion Verhandlungen anzubahnen, um die Mängel in dem Betriebe zu beseitigen.“ Die Resolution fand einstimmige Annahme und wurde eine Kommission von drei Personen gewählt und zwar: Großmann, Busch und Förster.

Nachträglich sei bemerkt, daß der Herr Direktor sich bereit erklärt hat, in Gegenwart unseres Kollegen Großmann über die Forderungen der Kollegen zu verhandeln. In der Lohnfrage könne jetzt eine Regelung nicht vorgenommen werden. Dagegen soll in jeder Station 2-3 Kollegen das Recht eingeräumt werden, die Lohnlisten einzusehen. Die mögliche Innehaltung der Pausen ist aufgelagt, sowie Untersuchung aller Anwesenheiten. Auch soll eine Bezeichnung derjenigen Vorgesetzten, die sich durch schroffe Behandlung der Arbeiter bemerkbar gemacht haben, dahingehend erfolgen, daß anständige Behandlung der Arbeiter der Wille der Fabrikleitung sei. Ist auch nicht viel erreicht, so bedeutet doch dies wenige einen Erfolg, welchen die Kollegen nur ihrem einigen Zusammenstehen zu danken haben.

Kattowitz. Eine gut besuchte Fabrikarbeiterversammlung tagte am 4. April im Gewerkschaftshaus hierseits. Der Referent der „Gazeta robotnicza“ referierte in polnischer Sprache über den Wert der Organisation. Redner schilderte in ruhiger, zum Teil humoristischer Art das Verhalten der Unternehmer den Arbeiterorganisationen gegenüber, beleuchtete das Verhalten der Behörden bei Kämpfen der Arbeiter und kam zu dem Schluß, daß trotz dieser Gegner und ihrer teuflischen Schikanie es mit den Arbeiterorganisationen vorwärts gehe und es nur zu wünschen wäre, daß auch in Oberschlesien die Organisationsbewegung sich weiter so günstig entwickelten wie seither. Nachdem einige Diskussionsredner ebenfalls zur energischen Teilnahme an den Organisationsbestrebungen aufgerufen, damit auch einmal hier in Oberschlesien eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen gedacht werden kann, nahm der Vertrauensmann der hiesigen Fabrikarbeiter das Wort und kritisierte das Verhalten der hiesigen Polizeibehörde. Die heutige Versammlung sei als eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer einzuweisen, und trotzdem in ganz Deutschland niemand etwas gegen die Anwesenheit der Frauen bei öffentlichen Versammlungen einzuwenden hat, müßten doch hier die Frauen auf Veranlassung der Polizei den Saal verlassen. Es werden die Gesetze in dem „Vaterland Deutschland“ geschändet. Man gestatte wohl den Frauen, auf Straßen, in Häuten und bei Bauten den Unternehmern zu trotzen, jedoch an einer Versammlung teilzunehmen sei ihnen hier verwehrt. Auch in dieser Beziehung müßte seitens der Arbeiterorganisationen durch energische Beschwerdeführung Remedur geschaffen werden, denn der Ausspruch eines Amtsrichters: „In Oberschlesien machen wir das so“, kann doch unmöglich als Präzis noch länger geduldet werden. Mit einem begeisterten „Es lebe die Arbeiterbewegung“ schloß der Vortragende die von ca. 300 Arbeitern besetzte, vorzüglich verlaufene Versammlung.

Lechhausen. Sonntag, den 20. März, hielt in gut besuchter Versammlung Frau Greifenberg-Hagzberg einen Vortrag über das Thema: „Familie und Gewerkschaften“. Rednerin schilderte eingangs ihres Vortrages, daß die englischen Arbeiter schon im Jahre 1824 die Notwendigkeit erkannt haben, sich zu organisieren. In England wurden die Organisationen von der

Gehegung niedergehalten. Jahrzehntlang konnten die Arbeiter sich nur im geheimen zusammenschließen und wiederholt hatten die Führer schwere Zuchthausstrafen, die Gewerkschaften Bedrückungen aller Art zu leiden bis zur Verleugung des Koalitionsrechts. Der Kampf um das Recht der Vereinigung vollzog sich in Deutschland in ähnlicher Weise wie in England. Auch hier herrschte das Stilleben des Staates und der Bourgeoisie, die Organisationen nicht auskommen zu lassen. Rednerin schildert dann, daß es gerade organisierte Arbeiter sind, die stets auf Abhilfe von Missetaten und Aufhebung der Arbeitsbedingungen bedacht sind. Sie werden bei den Unternehmern vorstellig, bringen Beschwerden vor. Ist der Unternehmer human, wird er auf die Beschwerden eingehen, Abhilfe schaffen und der Betreffende ist dann in diesem Falle der liebe gute Kollege; geht aber die Geschichte schief, heißt es dann in der Regel von seinen Mitarbeitern, der Maulaufreißer hätte das Maul halten sollen, es ist doch nicht schlimm u. s. f.; wären es aber in der Mehrzahl gut organisierte Arbeiter gewesen, die hätten hinter ihrem Kollegen gestanden und er wäre nicht hinaus geflogen. Rednerin kam auf das Gland der Heimarbeiter zu sprechen. Die Arbeitszeit ist bei den Heimarbeitern lang und die Bezahlung schlecht. Rednerin legt dann die nächsten und ferner liegenden Ziele der Organisation klar, beleuchtete die Stellung der Frauen zu diesen und forderte zum Beitritt auf. Der Aufforderung kamen mehrere Personen nach.

Linden. Die Hannoverische Gummi-Kamm-Kompagnie, Aktien-Gesellschaft, Zimmer bei Hannover, berichtet folgendes: Das verfloßene Geschäftsjahr 1903 hat, trotz der für die gesamte Gummi-Industrie ungünstigen Marktlage, ein zufriedenstellendes Resultat ergeben. Die Rohgummipreise haben sich zeitweise, und zwar während des größten Teiles des verfloßenen Jahres auf einer ganz außergewöhnlichen Höhe befunden. Ebenfalls haben uns die bekannten Vorgänge auf dem Baumwollmarkt eine wesentliche Wertsteigerung der in nicht unbedeutenden Mengen von uns verarbeiteten Baumwollstoffe gebracht. Beide Faktoren haben naturgemäß auf das Gewinnresultat des verfloßenen Jahres eine ungünstige Einwirkung gehabt, die noch mehr zur Geltung gekommen wäre, wenn nicht noch zu einigermaßen günstig ausfallenden Preisen pro 1903 eingedeckter Vorräte an Rohmaterialien, sowie im Laufe des Jahres günstig abgepackte Einfäufe uns in etwas zugute gekommen wären. Um die Verkaufspreise annähernd mit den so enorm gestiegenen Rohmaterialien in Einklang zu bringen, haben sich die maßgebenden Gummi-Fabriken im Laufe des verfloßenen Jahres zu einer gemeinsamen Preiserhöhung in einigen Artikeln zusammengelassen. Diese Preiserhöhung steht allerdings in keinem besitzendenden Verhältnis zur Verteuerung der Rohstoffe. Leider ist bei einem unserer Hauptartikel - Kämme - infolge der Uneinigkeit und der scharfen Konkurrenz der in Frage kommenden Fabriken ein so überaus nötiger Preisaufschlag nicht durchzuführen gewesen. Dem im verfloßenen Jahre weiter um sich greifenden Bestreben einiger Konkurrenzfabriken, trotz der hohen Rohmaterialpreise stets mit billigeren und demgemäß auch minderwertigen Fabrikaten an den Markt zu treten, um hierdurch das Geschäft an sich zu reißen, haben wir zu folgen uns nicht entschließen können. Vielmehr sind wir unserem langjährigen Prinzip, nur tadellose Ware aus bewährten Qualitäten und Mischungen herzustellen, treu geblieben, um uns das Recht erworbene gute Renommee unserer Fabrikate zu erhalten und solches weiter zu befestigen. Im allgemeinen hat sich unser Geschäft in besitzendender Weise entwickelt und haben wir in fast allen unseren Artikeln einen gesunden, nicht unbeträchtlichen Mehrumsatz zu verzeichnen. Die in der diesjährigen Bilanz gegen das Vorjahr größer erscheinenden Bestände an Rohmaterialien, fertigen und halbfertigen Waren erklären sich durch die gerade zum Schluß des Jahres in verschiedenen Abteilungen unseres Betriebes eingetretene größere Beschäftigung. Sämtliche Materialien sind zu Einkaufs- bzw. Tagespreisen und die fertigen und halbfertigen Waren, sowie die Bestände unserer auswärtigen Lager zu niedrigsten Verkaufspreisen in die Bilanz eingestellt. Die Kosten für Reparaturen und die zweifelhafte Forderungen haben wir auch in diesem Jahre voll weggebracht und auf die Außenstände mit Ansahme solcher, bei denen ein Zinsverlust oder Abzug ausgeschlossen ist, 5 Proz. abgeschrieben. Von unserer Anleihe von 1899 sind im verfloßenen Jahre, dem Tilgungsplan gemäß, 16 000 Mk. ausgelöst; auf die Anleihe von 1900 hat die dritte Auslösung von 50 000 Mk. stattgefunden. Die ausgelassenen Beträge sind bis auf 1000 Mk. zur Rückzahlung gelangt. - Von dem Gewinn in Höhe von 567 808,40 Mk. (815 940 Mk.) wurden für Abschreibungen 229 660,50 Mk. (385 452,45 Mk.) abgelegt. Bezüglich der Verwendung des Reingewinns in Höhe von 338 147,90 Mk. (430 487,55 Mk., wovon 20 Proz. Dividende), wird der Vorstand in der Generalversammlung Vorschläge machen. - Die Generalversammlung hat den Vorschlägen über die Verteilung des Reingewinns und einer sofort zahlbaren Dividende von 17 Proz. ihre Zustimmung gegeben.

Lübeck. In der Mitgliederversammlung am 22. März hielt der Arbeitersekretär Genosse Wiffel einen Vortrag über Unfallversicherung. Einleitend wies der Referent darauf hin, wie schwer es oft dem Verletzten gemacht werde, um zu seinem Recht zu kommen. Besonders schwer sei es einem Mitgliede unseres Verbandes gemacht worden. Dasselbe war auf der höchsten Schiffswerft zu Schaden gekommen, seine Erwerbsunfähigkeit wurde von zwei hiesigen Ärzten auf 10 Prozent geschätzt und in den Gutachten betont, daß der Verletzte sich es nur einbilde, nicht arbeiten zu können. Auf die Verletzung hin wurde dann derselbe 7 bis 8 Wochen der Kostlos Klinik zur Beobachtung überwiesen. Das Gutachten des Professors lautete auf gänzliche Erwerbsunfähigkeit, das Schiedsgericht aber bezweifelte das Gutachten des Professors und wurde beschloffen, noch ein Gutachten vom Heilfürstentanz, wo der Verletzte gewesen war, einzufordern. Dieser Arzt schätzte den Verletzten auf 10 Prozent erwerbsunfähig. Der Professor mußte sich noch einmal über das Gutachten äußern, derselbe hielt sein Gutachten aufrecht; in der schiedsgerichtlichen Verhandlung wurde dann auch dem Verletzten die Kostlos zugesprochen. Der Referent führte den Anwesenden noch mehrere lehrreiche Fälle vor und wies daraufhin, wie zweckmäßig es sei, ein Arbeiterssekretariat zu besitzen. Dann war noch ein Schriftstück vom Gewerkschaftsverbande eingegeben, worin der Vorstand, Gewerkschaft und die Vorstände der umliegenden Zahlstellen zu der am 10. April stattfindenden Gewerkschaftskonferenz eingeladen werden. Der Zweck der Konferenz soll sein, zu bewirken, daß unsere im Bezirk beschaffigten Mitglieder denselben Beitrag bezahlen sollen wie die Bauarbeiter. Es wurde beschloffen, daß die Bevollmächtigten der Konferenz Beschlüsse sollen. Sodann wurde noch zu der im Mai stattfindenden Gewerkschaftskonferenz in Schluß der Kollegen Margraf als Delegierter genannt.

Niederlehne. Am 20. März tagte hier eine gut besuchte Versammlung. Der Kollege Max Weiß referierte über das Thema: „Zu welchem Zwecke organisieren wir uns?“ Er schilderte die Ausbeutung der Arbeiter, ihre Notlage und die lange Arbeitszeit, die am Orte für die Arbeiter in Sandgruben und Ziegeleien herrscht. Es wurde teilweise 14 Stunden täglich gearbeitet. Da sei es an der Zeit, Abhilfe zu schaffen, die nur durch die Organisation möglich sei. - In der Diskussion wurden die besten Arbeitsbedingungen und eingehend besprochen. Die Arbeiter einer Barabade müssen sogar 13 bis 14 Stunden am Sonnabend arbeiten, um dann einen Lohn von 14 Mk. zu empfangen zu können. Auch der Entwurfsplan von 11 in einem vorgeschlagenen Beschlusse. Die Tage und Nacht sind unermesslich verlängert, so daß die Arbeiter entweder im Regen stehen oder sich den Sand zum Sitze wählen müssen.

Zum Schluß der Versammlung ließen sich 52 Kollegen aufnehmen. Als Vertrauensmann wurde Robert Windfuß, Restaurant „Jägerstub“, gewählt.

Oberroßlau i. B. Hier und im benachbarten Moschendorf tagten am 12. und 13. März sehr gut besuchte Versammlungen. Der Gausvorstand des 5. Gau, dem beide Zahlstellen für sich zugewiesen sind, hatte als Referentin Frau Genosin C. Weismann-Weipig entandt. In ihrem Thema machte Referentin den Anwesenden klar, wie durch die Entwicklung des Handels zum heutigen Großbetrieb der Arbeiter seiner Selbstständigkeit beraubt und abhängiger Lohnarbeiter geworden ist, wie ihm die durch die Teilarbeit bedingte Einseitigkeit der Arbeit die Freude am selbstgeschaffenen Werk genommen, wie die frühere Sicherheit der Existenz bei persönlicher Züchtigkeit der schärfsten Eizensunlichkeit Platz gemacht hat; wie die Unternehmung sogar noch die Frauen und Kinder, daneben noch die Heimarbeiter benutzte, um ihren Gewinnanteil an der Produktion ins Ungemessene zu steigern, dafür aber den Anteil der Arbeiter so tief als irgend möglich herabdrücken. Berufsfrankheiten, Unfälle, frühzeitiger Tod, hervorgerufen durch lange Arbeitszeit und niedrige Löhne, Wohnungsnot, Ueberbürdung und Unterernährung sind die unaussprechlichen Folgen dieser Entwicklung. Trotzdem sei diese Entwicklung nicht zu beklagen, sie allein gebe uns die Gewißheit, daß unser Ideal, die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktion kein Hirngespinnst, sondern sehr wohl erreichbar sei. Die sozialistische Produktion könne nicht den handwerksmäßigen Kleinbetrieb, auch nicht den kapitalistischen Großbetrieb, sondern den aus der ferneren Entwicklung hervorgehenden gesellschaftlichen Niesenbetrieb zur Grundlage haben. Daß die Entwicklung diesen Weg geht, zeigt die Tätigkeit der Unternehmerverbände, Kartelle, Trusts usw., welche die kleinen Betriebe aus der Produktion nach und nach ausschalten und für jeden erkennbar die ganze Klasse der Unternehmer als überflüssig erweisen; die Leitung der Niesenbetriebe liegt nicht mehr in den Händen der Unternehmer, sondern wird von bezahlten Angestellten besorgt, die eigentlichen Besitzer der Niesenbetriebe, die Aktionäre, haben mit dem Betrieb nicht das mindeste zu tun, sie haben nur ihre Dividende einzustreichen, deshalb sei es ein Leichtes, diese für die Produktion ganz überflüssigen Elemente auszumergen. Voraussetzung sei eine aufgeklärte, gut organisierte Arbeiterklasse, die fähig ist, die Leitung der Produktion zu übernehmen und zu überwachen. Die Gegenwartsaufgabe der Organisation, und um diese handelt es sich in erster Linie, besteht darin, die Ausbeutung zu lindern, den Arbeitern eine bessere Bezahlung, bessere Behandlung, kürzere Arbeitszeit, mehr Arbeiterschutz zu verschaffen. Der bestehende Arbeiterschutz ist zum großen Teil auf dem Papier und wird von den Unternehmern nur dann beachtet, wenn eine gut organisierte Arbeiterschaft die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen erzwingt. Weiter wies die Referentin auf die materiellen Vorteile, die der Verband seinen Mitgliedern bietet, hin, und nochmals auf die Notwendigkeit des Anschlusses an die Organisation zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und forderte die Anwesenden auf, sich, soweit dies noch nicht geschehen ist, dem Verband der Fabrik-, Band- und Hütsarbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen. Der reiche Beifall zeigte, daß die Ausführungen der Referentin auf fruchtbaren Boden gefallen, möge auch der erzielte Erfolg ein nachhaltiger sein.

Pommersdorf. Am 25. März tagte unsere Mitgliederversammlung bei Wehr. Die Zustände auf der Gemischen Fabrik bildeten den wichtigsten Teil der Versammlung. Es wurde über die Aufseher geklagt, die bei strenger Behandlung der Arbeiter ein viel größeres Geschäft bewiesen, als bei Berechnung des Lohnes. Sollen doch nicht gleich zur Auszahlung gekommen sein. Im Dungggeschäft bildet der mit Dung behaftete Boden eine ständige Gefahr des Fallens für die Arbeiter. Die Wälscheimer werden oft zu Säure und Schlamm genommen und nicht immer gereinigt. Die Wälscheimer sind zu klein, auch nicht warm. Die Aborte liegen an Reinlichkeit zu wünschen übrig. Es wäre sehr gut, wenn die Fabrikleitung für Abhilfe sorgte.

Uckerwinde. Am 27. März tagte im Verbandslokale eine Versammlung. Kollege Buchholz erstattete im Namen der Lohnkommission Bericht über die Verhandlung mit dem Vorstand des Arbeitgeberbundes. Nicht erstens ist es, daß dieselben sich bereit fanden, den Verband anzuerkennen, und gewillt waren, mit der Kommission in Verhandlung zu treten. Die Forderung der Lohnkommission war: Zehnjährige Arbeitszeit und event. pro Tausend 10 Pf. mehr. Auch hierzu fanden sich die Herren geneigt, konnten aber keinen Vertrag abschließen, weil der Vorstand sich erst mit dem Arbeitgeberbund in Verbindung setzen muß. Zu dem Beschluß, den die Poppenwalder und Eggenfelder Kollegen in der Eggenfelder Monatsversammlung gefaßt hatten, Gründung einer Zahlstelle, kam es zu einer regen Auseinandersetzung. Es wurde der Versammlung von den Kollegen Buchholz und Spiegelberg klargestellt, daß jetzt gerade, da wir mit den Arbeitgebern in Verhandlung stehen, eine Zerstückelung uns nur schaden würde. Da die Kollegen in genannten Orten bei ihrem Beschluß beharren, soll der Vorstand die Entscheidung treffen.

Wurz i. S. Im Verlaufe der letzten Monate sind dem Vertrauensmann der hiesigen Einzelmitglieder zu wiederholten Malen berechtigte Beschwerden über Betriebsmissetände zur Kenntnis gebracht worden. Wenn auch die in den letzten öffentlichen Versammlungen erfolgten scharfen Kritiken vermocht haben, einige derartige Uebel zu beseitigen, so bestehen jedoch immer noch ungenügende Ventilations-, schlechte Aborte, mangelhafte Schutzvorrichtungen an den Maschinen, unklare Alfordlohnbestimmungen u. dergl. mehr, so daß wir uns genötigt gesehen haben, eine aus drei vertrauenswürdigsten Kollegen bestehende Beschwerdekommision zu gründen. Diefelbe hatte die Aufgabe, einkaufende Beschwerden zu prüfen und an die zuständige Aufsichtsbehörde schriftlich weiter zu geben. Um die Kollegen vor etwaigen wirtschaftlichen Nachteilen zu bewahren, wird die Beschwerdekommision den Namen der Beschwerdebefreier geheim halten. Ein Gebot der Pflicht und Selbsterhaltung aber ist es nunmehr für die Kollegen, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. Man wolle sich zu diesem Zwecke an unseren bekannten Vertrauensmann Albrecht wenden, der das weitere dann sofort und sicher veranlassen wird. An dieser Stelle sei noch bemerkt, daß es die Kollegen mehr als bisher für notwendig halten müssen, zur Pflege der Geselligkeit alle 14 Tage Sonntags nachmittags auf dem „Schützenhause“ sich zusammen zu finden.

Duittung.
Bei der Hauptkassie gingen seit dem 30. März folgende Beträge ein:
Lönning 30,73. Schoppsheim 17,40. Dietesheim 95,85
Vorsdorf 48,60. Rürnberg 35. Lörach 8,95. Wittenberge 2,85. Botsfel 1,95. Niederndobeleben 75. Heibelberg 49,20.
Gehrschauen 31,15. Gmünd (Schw.) 26,30. Einbeck 81,87.
Freiwaldau 22,95. Orenbach 513. Marktandorf 918,98.
Alteg 34,20. Stee 22,83. Weißen 631,30. Postabonnemnt
i. Quartal 1904 7,37. Spandau 233,05. Zaargemünde 191,58.
Winterhude 170. Baldheim 148,85. Schiefel 670,20.
Lappan 66,65. Dresden 624,90. Stempin 64,15. Daimar 7,84.
Schmiedeburg 24,60. Kiel 243,30. Arzener 56,30. Blankensee
5. Regen 1,80. Ranzfeld 25. Weiskaten 10,73. Zell
-60. Rensburg a. B. 77,75. Webel 2,25. Wierach 16,98.
Barby 37,55. Hamburg 487,23. Rothenburgsort 887,60.
Helmstedt 145,95. Ravensburg (Elbe) 70,54. Gernsdorf 3,15.
Wühlensburg 779,90. Altenhain -60. Quasburg 125,35.
Schirmp 195,52. Gschf i. R. 265,50. Lübeck 1099,36.

Scharmbed 45,85. Mülheim a. Rh. 2,10. Marne 1,05. Leipzig 1319,85. Elmshorn 582,70. Magdeburg 731,71. Westphal 238,31. Dieblich a. Rh. 106,18. Bielefeld 44,55. Waltershausen 65,28. Haren 16,10. Brinnum 83,50. Gildesheim 150. Schwerin a. B. 12,25. Bieber 45,45. Weindöbha 90. Götbe 211. Sänburg 122,44. Al.-Wulheim 69. Sahr l. S. 2,60. Wambel 1439,50. Dresden b. D. 360,60. Braunschweig 2193,43. Frankfurt a. M. 853,50. Nummster 290,90. Charlottenburg 329,25. Schweinfurt 104,60. Georgswerder 186,43. Grodelshdorf 164,03. Adten 30,25. Wangen 15. Sellingshufen 52,48. Rensburg a. S. 1,65. Hohenmarke 33,20. Grunsleben 44,33. Seiligenhagen 23,60. Sehnitz 48,25. Thiede 29,10. Schluß: Dienstag, den 12. April, mittags 12 Uhr.

Die folgenden Verbandsorte haben es unterlassen, fürs 4. Quartal abzurechnen: Ahendorf, Alen, Wittigheim, Deuz, Demmin, Erdmannsdorf, Freising, Friedberg, Gmund, Gainsfeld, Holzwinden, Hannover (Einzelmitglieder), Oetzfeld, Weh, Neulm, Neufahrn, Voigtsh, Kufha, Warstade, Wigenhausen, Warstein.
Geld ohne Abrechnung sandten: Dolenberg, Rauen Oberkürtheim.
Abrechnung ohne Geld sandte: Volkmershausen.
Abrechnung und einen Teil des Geldes sandte: Stolzenhagen.
Geld und Abrechnung sandten zu spät ein: Arnsdorf, Cylfra, Grausteden, Freiwaldau, Gredeswäshlen, Gertenfeldheim, Klipperfeld, Lörach, Mühlenbeck, Mülden, Rauenburg, Rensburg a. S., Penig, Schwerin, Waltershausen, Wangen, Thiede, Altenhain.

Eingegangene Zahlstellen.
Stavenhagen, Soeft.
Siebenlehn und Kuepich haben sich größeren Zahlstellen angeschlossen.
Neue Adressen und Adressen-Änderungen.
Gau 9 (Sitz Lüdin). Kassierer Gustav Müller, Kamp 6, 2. Etage.
Alteg. Verkehrslokal bei Ferdinand Weh, Gasthaus zur Stadt Mainz, Amolnetterstraße 49.
Bremen. Georg Wiegand, Steffensweg 154, 2. Et.
Eilenburg. Herm. Wacheleidt, Wilhelmstraße 24.
Görlitz. Karl Hüner, Steinberg.
Hamburg-Ohlenhorst. D. Gähler, Osterbedstraße 36, S. 7. part.
Hilbesheim. Ernst Großmann, Dammstraße 8.
Lehete. Gust. Duanle, Burgdorferstraße 12, 1. Et.
Lörach. Fr. Wehlin jun., Leichstraße 57.
Mannheim. Ad. Krupp, Eichelsheimerstraße 41, 4. Et.
Podejach. Aug. Lunow, Bahnhofsstraße 21.
Sandhagen (Gau 14). Georg Schenkel.
Schwenningen a. Neckar. Joh. Jädele, Turnerstraße 997.
Sonderburg. B. Rühn.
Wittenberg (Elbe). Paul Knauft in Neu-Pfisterich bei Wittenberg a. E.

Gau 19 (Lübeck).
Am Sonntag, den 15. Mai, vormittags 11 Uhr, findet unsere diesjährige Konferenz im Schützen im Gasthof zur Linde statt.
Tagesordnung:
1. Bericht des Gausvorsitzenden.
2. Rassenbericht.
3. Bericht der Delegierten.
4. Agitationsfrage.
5. Beratung der Anträge.
6. Wahl des Ortes der nächsten Konferenz.
Anträge zur Konferenz, sowie die Namen der gewählten Delegierten sind bis zum 7. Mai an den Unterzeichneten einzufenden.
J. A.: J. O. Rad den, Lübeck, Schützenstraße 39.

Inferate.
Zahlstelle Alteg.
Verkehrslokal bei Ferdinand Weh, Gasthaus zur Stadt Mainz, Amolnetterstraße. [60 Pf.]
Beed-Bruckhausen.
Die nächste Versammlung tagt am 17. April, nachmittags 2 Uhr, bei Diebels in Stokum. [60 Pf.]

Zahlstelle Goslar.
Unsere regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen tagen am letzten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im „Tivol“. Die Herberge für reisende Kollegen befindet sich im Gasthaus zur alten Münze, Münzstraße 10. 1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstellen Köln und Umgegend.
Sonntag, den 24. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Gombesch zu Köln, Rämmerstraße 18, eine kombinierte Mitglieder-Versammlung statt.
Tagesordnung:
1. Vortrag über Agitation. Referent Kollege Fittgen.
2. Vortrag. Was wünschen wir von dem diesjährigen Verbandstag. Referent Kollege Otten.
3. Wahl eines Gausvorstandsmitgliedes.
4. Verschiedenes.
1,95 Mk.] Der Gausvorstand. J. A.: Jakob Fittgen.

Zahlstelle Oberschöneweide.
Donnerstag, den 21. April, abends 7 Uhr, tagt unsere Versammlung bei E. Raufhold, Wilhelmindenhofstraße 18. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Wahl und Wahl“. Referent Schriftsteller M. Baerge. 2. Rassenbericht. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes zu erscheinen. [1,50 Mk.]

Dranienburg.
Am Sonntag, den 17. April, nachmittags 3 Uhr, tagt eine öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Braun, Kurfürstenstraße.
Denselben Sonntag früh 7 Uhr: Flugblattverteilung. Sämtliche Kollegen sind hierzu aufgefordert, bei Dietrich zu erscheinen. [1,35 Mk.] Der Einberufer.

Zahlstelle Rothenburgsort.
Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, bei v. Eitzen, Regimentsstraße 157. [75 Pf.] Die Bevollmächtigten.
Schmiedeburg i. Niesengeb. [90 Pf.]
Die Einzelmitglieder werden hiermit auf Sonntag, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, zu einer Besprechung eingeladen.
Der Vertrauensmann.

Einnahme.

Ausgabe

Table with columns: Zahlstellen, Quartals-Nr., In den Quartalen, and various financial categories (Einnahme, Ausgabe, etc.) for numerous locations.

Einnahme.

Ausgabe.

Table with multiple columns for financial data, including 'Zahlstellen', 'Einnahme', and 'Ausgabe' for various locations and categories.

Bilanz der Abrechnung.

Table showing 'Einnahme in den Zahlstellen' and 'Ausgabe in den Zahlstellen' with sub-totals and a final summa.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

Table showing 'Gesamt-Einnahme' and 'Gesamt-Ausgabe' with detailed breakdowns of income and expenses.

Summary of the balance sheet, including 'Gesamteinnahme', 'Gesamtausgabe', and the date 'Hannover, den 7. April 1904'.

Wirtschaftliche Rundschau.

Bank im Baumwollring, Fortbestand hoher Baumwollpreise - Erfolge des Stahlwerksverbandes, Fühlungnahme mit anderen Syndikaten - Syndikatspreise, Gewerkschaftstarife und staatliche Lohnpolitik.

Die an dieser Stelle wiederholt geschilderten abnormen Verhältnisse auf dem Baumwollmarkt haben sich am 18. März in einer gewitterartigen Entladung in New York und New Orleans Luft gemacht.

Wie wir mit man streikenden Arbeitern, wenn über ihr Wohl und Wehe, über ihre ganze Existenz vielleicht auf Jahre hinaus entschieden wird, leidenschaftliche Erregung und mangelnde Ruhe vor!

Die Baumwollbörse eröffnete unter großer Erregtheit und unter heftigen Schwankungen am 19. März um 190 Points unter dem Montagkurs und der Julitermin um 179 Points.

Die Baumwollbörse gab die Nachricht zu unumstößlichen Vorgängen Anlass. Zwischen den Börsenmitgliedern kam es zu Zäsuren, nach deren Beendigung der Boden des Saales mit zerbrochenen Stühlen und Leisten zertrümmert wurde.

Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Wie weiter Fallissements folgen werden, ist noch unübersehbar. Nachdem Sully die ZahlungsEinstellung angemeldet hatte, schloß er sich in sein Bureau ein, indem er es ablehnte, irgendwelche Angaben zu machen.

Auf der Generalversammlung der Bundesratlichen Werte erklärte am 22. März Direktor Kaiser in Frankfurt a. M., das Kohlen-

syndikat, der Stahlverband und das Hoheisenyndikat wollten „gemeinsam wirken“ und besonders das Auslandsyndikat in „geordnete“ Bahnen lenken.

Nach einer weiteren Nachricht hat der Ausschuss des Kohlenyndikats einstimmig beschlossen, vom 1. April ab Ausfuhrvergütungen nur in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit dem Stahlwerksverband und den beiden Hoheisenyndikaten zu bewilligen.

Das heißt offenbar die Schlußbedingung nach dem Ausland soll noch systematischer ausgebildet werden. Die Bewilligung von freien, privaten Prämien - denn weiter sind diese Ausfuhrvergütungen nichts - soll jedoch gleichzeitig als Waffe gegen widerstrebende „Streitbrecher“ dienen; diejenigen Werte, welche dieselben Erzeugnisse wie die Stahlwerksverbändler herstellen, welche aber dem Verbands selber fernbleiben, erhalten in Zukunft keinerlei Ausfuhrvergütung mehr, auch nicht vom Kohlen- und Hoheisenyndikat.

Welch ein Geschrei stimmen diese selben Leute an, wenn eine Arbeiter-Gewerkschaft der anderen durch Sympathiestreiks und „Hoylotts“, durch Bevorzugung der tarifmäßig hergestellten Ware zu Hilfe kommt.

Für den Staat ist es natürlich vollends eine Ehrenpflicht, die Preistarife der Kapitalverbände einzuhalten und zu stützen. Das wird sich recht bald bei der Neuvergebung von staatlichen Aufträgen zeigen. Bei Lohnstarifen spielt der Wind natürlich auch hier aus einem ganz andern Loch - so lange es geht, denn schließlich werden starke und wirtschaftlich beherrschende Lohnorganisationen sich ihre Anerkennung auch gegenüber Staat und Gemeinde erringen; in Einzelfällen, wie bei den Buchdruckern, trifft dies ja in Einzelbezirken Deutschlands heute schon zu.

Ein Beweis dafür ist England, das in der ökonomischen Arbeiterbewegung - in der allseitigen Anerkennung und Beachtung der Arbeiterorganisationen und ihrer Forderungen - weiter vorgeht als irgendwo.

Soeben hat eine Parlamentsdebatte (vom 23. März) unsere Miskündigkeit auf diesem Gebiete wiederum recht deutlich hervortreten lassen. Wenn man dem Urteil von John Burns vertrauen darf, so sind die englischen Gemeindeverwaltungen überwiegend bereit, „faire“ Löhne zu sichern. Der Londoner Grafschaftsrat, in dem Burns selber sitzt, hat dabei als Lohnnorm ausdrücklich die zwischen Trade Unions und Unternehmer-Verbänden vereinbarten Lohnstarife bezeichnet. Ueber die Praxis des Staates wird mehr gesagt. Doch über das Prinzip selber streitet man selbst da seitens keiner Partei mehr.

Schon 1891 faßte die Unterhausmehrheit einen entsprechenden Beschluß. 1893 wurde eine Resolution einstimmig angenommen: in den staatlichen Marinewerksstätten solle niemand mit zu anständiger Lebenshaltung, ungenügenden Löhnen (at wages insufficient for proper maintenance) angestellt werden, die Arbeitsbedingungen betreffs Arbeitszeit, Löhne, Unfall- und Altersklassen zc. sollten privaten Unternehmern zum Vorbild dienen können. Die Verwirklichung mag noch viel zu wünschen übrig lassen; sie mag auch, wo keine festen Organisationen und Gewerkschaftstarife bestehen (wie vielfach bei ungelerten Arbeitern), größere sachliche Schwierigkeiten bieten. Doch die Forderung selber magte man in keiner Seite anzutasten, weder seitens Walfours und der hinter ihm stehenden Mehrheit noch seitens der liberalen Opposition.

Was man kapitalistische Anschauungen nennt, ist eben auch etwas Wandelbares, das gegenüber einer einflussreichen, starken, feitzernurzelten Arbeiterorganisation ganz anders aussieht, wie gegenüber den ersten, hilflos sich regenden, strohfeuerartig aufblühenden und wieder erlöschenden Lohnkampfbewegungen.

Berlin, 2. März 1904. Mag Schippel.

Soziale Rundschau.

Alsen'sche Portland-Zement-Fabriken. Das Geschäftsjahr 1903 ergab nach Abschreibungen von 491 589 Mk. (im Vorjahre 222 370 Mk.) sowie einer Extra-Abschreibung von 166 855 Mk. auf den Besitz an Aktien der Alsen's American Portland Cement Works (der bei der Gesellschaft mit 4 452 000 Mk. zu Buche steht) einen Brutto-Überschuß von 819 872 Mk. erkl. des vorjährigen Uebertrages von 235 937 Mk. Die Dividende beträgt 11 Prozent.

Weißer. In der am 19. März abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrats der Vereinigten Fabriken engl. Sicherheitszündler, Draht- und Kabelwerke, legte die Direktion den Abschluß für das abgelauene Geschäftsjahr vor. Es wurde beschlossen, nach Vornahme der Abschreibungen die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent (im Vorjahre 8 Prozent) in der für den 21. April einzuberufenden Generalversammlung in Vorschlag zu bringen.

Die Aktiengesellschaft Felsen u. Guilleaume in Prag hielt dieser Tage ihre 3. ordentliche Generalversammlung ab. Der Reingewinn für 1903 beträgt 826 764 Kronen (1 Krone = 85 Pf.), welcher sich durch den Vortrag aus dem Vorjahre auf 971 229 Kronen erhöht. Es wird eine Dividende von 10 Prozent verteilt.